

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.

Abonnementspreis 5 M. pro Quartaljahr. Zu bezahlen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kanter, Berlin.

Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Kölischen Park 2.

Inserate: Die schriftgestaltete Nonpareille-Zeile oder deren Raum 16 M.

Arbeitervermittlungen 6 M. pro Zeile.

Verbandsanzeigen 2 M. pro Zeile.

Kraftproben.

Unser Verband ist bemüht, die Lohn- und Arbeitsbedingungen sozial zu regeln und austauschende Meinungsverschiedenheiten durch Verhandlungen zu schlichten. Trost des guten Willens, auf friedlichem Weg zu einer Verständigung zu kommen, lassen sich aber mitunter Kämpfe nicht vermeiden. Das Verständnis dafür, dass die Arbeiter ein wohlgegründetes Recht haben, bei der Regelung der Arbeitsbedingungen als gleichberechtigter Faktor mitzuwirken, geht den Unternehmern nun langsam auf. Immer wieder bricht, auch bei solchen Unternehmen, die mit uns bereits im Vertragsverhältnis stehen, die Auffassung durch, dass das Unternehmertum mit vereinten Kräften imstande sei, der Arbeiterschaft den Willen zu diktionieren. Das führt dann zu Kraftproben, die wir nicht suchen, denen wir uns aber nicht entziehen können, wenn sie uns aufzugeben werden.

Auf Regelung der allgemeinen Arbeitsbedingungen haben wir mit dem Gros der Unternehmer des deutschen Holzgewerbes den Reichsmantelvertrag abgeschlossen. Daraus erwächst uns die Verpflichtung, diesen Vertrag im ganzen Reich aus Durchführung zu bringen. In einzelnen Bezirken hatten die Unternehmer das Bedürfnis, zu zeigen, dass sie sich stark genug fühlen, dem übereinstimmenden Willen der Unternehmer und der Arbeiter im übrigen Reich zu trotzen. Sie haben Machtproben herausbeschworen, und wir waren gezwungen, den Beweis zu führen, dass sie ihre Macht überfordert hatten. Dieser Nachweis ist uns in allen Fällen gelungen.

Dass die Verhandlungen über die Vermessung der Vertragslöhne seit Monaten nicht abreihen, liegt nicht an der Arbeiterschaft. Die mit unheimlicher Schnelligkeit steigenden Lebenshaltungskosten zwingen uns, mit den Löhnen zu folgen. In den meisten Fällen ist es bisher gelungen, sich Friedlich zu verständigen. Aber nun beginnt sich der Widerstand der Unternehmer in einigen Landesbezirken bemerklich zu machen. Man will dem Deutschen Holzarbeiterverband die Söhne zeigen und beweisen, dass es die Unternehmer nicht nötig haben, die Löhne in dem Maße zu ändern, wie es die gestiegenen Lebenshaltungskosten erfordern möchten. Die Unternehmerorganisation fühlt sich stark genug, ihren Willen den Arbeitern aufzuzwingen. Eine Auffassung, die von geschäftigen Syndikat genährt wird und außen angenommene Unregelmässigkeiten von Schatzmachern in der Zentrale der Arbeitgeberverbände zutüftzt, ist.

Die Mittel, mit denen die Machtprobe in die Wege geleitet wird, sind nicht neu. Wenn alle Vorbereitungen getroffen, die einzelnen Unternehmer entsprechend instruiert sind, dann läuft man die hingegossenen Verhandlungen schließlich weiter. Es kommt, wie vorzusehen war, zu Streiks, und nun kann die Kraftprobe beginnen, die seit langem vorbereitete Ausperrung durchgeführt werden. Selbstverständlich nehmen wir den Kampf auf, obwohl wir wissen, dass die Gegenseite auf die Gelegenheit brennt, das Kampffeld zu vergrößern und weitere Bezirke in die Ausperrung einzubeziehen. Wir wagen die Kraftprobe im Vertrauen auf den oft erprobten Kampfesmut und den Opferwillen unserer Kollegen. Daraus schöpfen wir die Zuversicht, dass auch diese Kraftprobe augunsten der Arbeiterschaft entschieden wird.

Der Zufall hat es gewollt, dass zur gleichen Zeit, als der Kampf um die Durchführung des Reichsmantelvertrages in Ostpreußen erfolgreich beendet werden konnte, die Unternehmer im entgegengesetzten Zipfel des Reiches, in Württemberg und Baden, mit der Ausperrung begannen, um unsere Kollegen zu zwingen, sich mit unzureichenden Löhnen zu beschließen. Mit Zweifeln keinen Augenblick, dass unsere Kollegen in Südwürttemberg in gleicher Weise ihren Mann lieben werden, wie es die Kollegen im Nordosten des Reiches getan haben. Wie die eben beendete Machtprobe muss auch die neue zu einem Sieg der Arbeiterschaft führen.

Über die beiden bedeutungslosen Rämpfe gehen uns die nachstehenden Berichte zu.

Erfolgreicher Abschluss in Ostpreußen.

Nach wiederholten mühevollen Verhandlungen ist der Streit im ostpreussischen Tischlergewerbe am 21. Januar beendet worden. Der Kampf drehte sich hauptsächlich um die Anerkennung des Reichsmantelvertrages für das deutsche Holzgewerbe. Unsere streitenden Kollegen haben dank ihrer Geschicklichkeit und Ausdauer einen vollen Erfolg erzielt. Der ostpreussische Arbeitgeberverband hat jetzt den Reichsmantelvertrag grundsätzlich angenommen. Ähnlich wie in allen anderen Landesteilen ist zur Anerkennung des Mantelvertrages ein Vertragsvertrag geschlossen worden, der unter Berücksichtigung der Ortsverhältnisse Arbeitgeberlöhne geringfügige Höchstgrenzen und Mindestlöhne festsetzt. Der Abschluss des Streits bringt unseren ostpreussischen Kollegen endlich die gleichen Vertragsrechte, wie sie im ganzen übrigen Reich gelten. Die erträgliche Lohnhöhe liegt auf die bei Ausbuch des Streits bestandenen Stundenlöhne folgende Zulagen vor:

	I	II	III	IV	V	VI
4,45	4,20	4,20	4,15	4,10	M.	

Die vertragsgemässen Durchschnittslöhne betragen für Erwachsenen über 22 Jahre:

	I	II	III	IV	V	VI
10,25	9,-	8,75	8,50	8,25	M.	

Ab 15. Februar 1922 erfolgt für alle Arbeiter und Arbeiterrinnen eine weitere Zulage für die Ortsklasse II von 30 Pf., für die übrigen Ortsklassen von 25 Pf. pro Stunde. Um den gleichen Betrag erhöhen sich auch die vertraglichen Durchschnittslöhne.

Die vertraglichen Mindestlöhne sind in allen Klassen um 5 Prozent niedriger als die Durchschnittslöhne.

Zur Erringung der Rechte, die der Reichsmantelvertrag enthält, haben die Kollegen annähernd sechs Monate mit aller Zähigkeit gegen eine strenge Arbeitgeberorganisation gekämpft. Der ostpreussische Arbeitgeberverband zählt sicher nicht zu jenen Arbeitgeberverbänden, die der Arbeiterschaft freiwillig tarifvertragliche Rechte eintäumen. Hier muss erst jeder Fußbreit Boden in hartem Streit erobert werden. Auf eine Kraftprobe mehr oder weniger kommt es der Leitung dieses Arbeitgeberverbandes sicherlich nicht an. Wehe dem Arbeitnehmerverband, der nicht ständig gerüstet und bereit ist, sich mit allen gewerkschaftlichen Mitteln die nötige Achtung zu verschaffen. Die ostpreussischen Industriellen sind aus dem gleichen Holz gechnitten wie ihre Kollegen aus der Landwirtschaft, die unter dem Namen "Ostelbische Landjunker" berücksichtigt sind. Selbst aus der wirtschaftlichen Notlage, in welcher sich die Provinz Ostpreußen infolge der Abschaffung durch den Polnischen Korridor befindet, glauben die Arbeitgeber Vorteile ziehen zu dürfen. Sie leiten von der Abtrennung der Provinz Ostpreußen für sich das Recht ab, der Arbeiterschaft die im übrigen Reich geltenden Vertragsbedingungen vorbehalten zu können. Die Führung des Arbeitgeberverbandes gibt ganz offen zu, dass sie sich zum Ziel gesetzt habe, die bestehenden Reichsrechte in allen Berufen und Industriezweigen für Ostpreußen zu verschaffen. Auf diese Weise soll aus dem Industriearbeiter ein gefügiger Kuli gemacht werden.

Für diesmal sind die Absichten der Arbeitgeber durchkreuzt worden. Als im Juni des vorigen Jahres dem ostpreussischen Arbeitgeberverband durch unsere Organisation Verhandlungen zwecks Abschlusses eines Tarifvertrages angeboten wurden, haben die Arbeitgeber auf dieses Angebot wochenlang nicht geantwortet. Daraus setzte anfangs August in Tilsit der Streit ein. Anstatt auf der Grundlage unserer Forderungen eine Verständigung zu suchen, gingen die Arbeitgeber zur Ausperrung über. Die ersten Verhandlungen während des Kampfes sind am 19. und 20. Oktober vor einem Sonderausschuss aus Schülern Königsberg geführt worden. Hierbei erklärte der Syndikat der Arbeitgeber: Nach der Begründung der Arbeitnehmeranträge müsse man zu der Überzeugung gelangen, dass der bisherige Widerstand der Arbeitgeber gegen den Inhalt des Reichsmantelvertrages unbegründet erscheine. Trotzdem verweigerte der Arbeitgeberverband den Arbeitern die Erfüllung ihrer Forderungen, von deren Durchführbarkeit man selbst in der Leitung des Arbeitgeberverbandes überzeugt war. Noch am 9. Dezember lehnten die Arbeitgebervertreter vor dem Oberpräsidium in Königsberg jede Diskussion über die grundsätzliche Anerkennung des Reichsmantelvertrages ab. Sie wollten ganz einfach durch eine Kraftprobe den Deutschen Holzarbeiter-Verband bei der Regelung der Vertragsverhältnisse ausschalten. Inzwischen ist es anders gekommen. Auch die ostpreussischen Arbeitgeber mussten anerkennen, dass der Deutsche Holzarbeiter-Verband ein Faktor ist, den man nicht willkürlich beiseite schieben darf. Wäre diese Einsicht früher gekommen, dann hätten all die Bunden, die dem Wirtschaftsleben gefolgt waren, vermieden werden können. Sonderartige Vertragspartner, diese Arbeitgeber sind.

In einem Rundschreiben vom 20. Dezember, also zu einer Zeit, als niemand von den Holzarbeitern an einen Lohnkampf dachte, legte der Holzindustriellen-Verband seinen Mitgliedern bereits einen fertigen Ausperrungsplan vor. Bis zur Verwirklichung dieses Planes sagte dann eine Provokation die andere. Am 4. Januar hetzte man unsere Kommission zu Verhandlungen, um ihr schließlich zu erklären, dass die anwesenden Arbeitgebervertreter keinerlei Vollmacht haben. Das gleiche Spiel wiederholte sich bei den Verhandlungen am 11. Januar. Allen Ernstes wurde von unserer Kommission die Zurücknahme ihrer Forderungen verlangt. Erst dann wollten sich die Arbeitgeber herbeilegen, das bestehende Lohnabkommen zu verlängern und ihren Arbeitern freiwillig eine mäßige Teuerungszulage zu gewähren, die aber nicht auf die Altkordpreise geschlagen werden durfte. Stundenlang haben unsere Kollegen verucht, die Arbeitgeber von dem Ernst der Lage zu überzeugen. Man hat sie einfach reden lassen. Daneben amüsierten sich die Arbeitgeberführer durch angenehme Privatunterhaltungen. Als schließlich der Vertreter unseres Verbandsvorstandes eine Vermittlung versuchte, johlten die schwäbischen Schreinermaster, weil ein Berliner bei ihnen schon gar nichts zu suchen habe. So etwas nennen die Herrschaften dann noch Vertragstreue.

Um kein Mittel unversucht zu lassen, den Wirtschaftskrieg zu erhalten, ist am 14. Januar unter dem Vorstoß eines württembergischen Regierungsvertreters erneut verhandelt worden. Im Interesse des Friedens war unsere Kommission bereit, auf den mageren Vergleichsvorschlag des Unparteiischen einzugehen, der in Klasse II für Stuttgart einen Durchschnittslohn von 12,15 M. vorsah. Die Arbeitgeber dagegen hatten sich wieder einmal keine Vollmacht besorgt, obwohl sie genau wussten, dass der Abbruch der Verhandlungen den Kampf bedeutete.

Die württembergischen und badischen Arbeitgeberverbände haben jetzt ihre Ausperrung, die sie mit aller kultischen Geschicklichkeit befehligt haben. Die Leitung des Arbeitgeber erlaubte wohl auf diese Kraftprobe aus organisatorischen Gründen nicht verzichten zu können. Sie allein trifft deshalb die Verantwortung. Auch jetzt noch können die Unternehmer auf der Grundlage der unparteiischen Vermittlungsvorschläge den Frieden haben. Wollen sie nicht, dann sind unsere Mitglieder sicher bereit, in gähnendem Kampf die Kräfte zu messen.

Bei Redaktionsschluss meldet uns ein Telegramm, dass für Württemberg und Baden eine Einigung erzielt wurde. Der Durchschnittslohn ist für die II. Ortsklasse (Stuttgart) festgesetzt auf 11,80 M. ab 16. Januar; er steigt am 2. Februar auf 12,20 M. am 16. Februar auf 12,90 M. und am 2. März auf 13,60 M.

Für unsere Kollegen gilt es jetzt, die neuen Vertragsrechte überall in die Tat umzusetzen. Es wäre falsch, all den Gross, der sich während des Streiks naturngemäß auf beiden Seiten gesammelt hat, in der Werkstätte gegenzeitig zur Entladung zu bringen. Nachdem der Kampf beendet ist, haben beide Parteien die Pflicht, einander die vertragliche Treue zu halten.

Ausperrung in Württemberg und Baden.

In Württemberg und Baden haben die Arbeitgeber in den letzten Tagen ihre Ausperrung fertiggemacht. Soweit sich die Dinge bis jetzt überblicken lassen, haben von rund 200 Vertragsorten die Arbeitgeber in 46 Orten an nähernd 11.000 Arbeiter ausgesperrt. Wer Gelegenheit hatte, die Entwicklung der Arbeitgeberverbände in Württemberg und Baden zu verfolgen, wird von dieser Kraftprobe nicht überrascht sein.

Bis vor kurzem lag die eigentliche Führung der süddeutschen Arbeitgeber in der Hand des Stuttgarter Möbelindustriellen Herrn Wilhelm Schildknecht. Dieser bewährten Führung ist es hauptsächlich mit zu verdanken, dass in Württemberg und Baden Lohnkämpfe in der Holzindustrie zum Wohle des gesamten Berufsstandes recht selten waren. Mit dem Ende des Herrn Schildknecht scheint im Süden leider auch der Geist der Verständigung ausgestorben zu sein. An die Stelle der Arbeitgeberverbände sind neue Männer getreten, die planmäßig auf die Ausperrung hingearbeitet haben. Dabei waren sie in der Auswahl der Mittel nicht einmal wählerisch.

Das letzte Lohnabkommen für Württemberg und Baden hatte Gültigkeit vom 3. November bis zum 15. Januar. Während dieser Zeit hat bekanntlich die Entwicklung der Preisverhältnisse Formen angenommen, die es der Arbeiterschaft ungewohnt schwer machen, sich an die vereinbarten Löhne zu halten. Fast in allen Bezirken des Reiches haben die Arbeitgeber den veränderten Verhältnissen Rechnung getragen. Überall sind zwischen den Vertragsparteien außerordentliche Zulagen vereinbart worden. Anders in Württemberg und Baden. Hier bestanden die Arbeitgeber auf ihrem Schein. Sie erklärten die Forderungen unseres Verbandes für unberechtigt und boten so lächerlich geringe Zulagen, dass die Verhandlungen am 15. Dezember resultlos abgebrochen werden mussten. Kurz darauf war in den Betrieben ein Anschlag des Württembergischen Holzindustriellenverbandes zu lesen, dass ohne Mitwirkung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes lediglich auf Beschluss der Arbeitgeber eine Teuerungszulage von 30 bis 70 Pf. zur Auszahlung ge lange. Gleichzeitig hielten es die Taktiker des Holzindustriellenverbandes für richtig, ihre Mitglieder durch Flugblätter gegen die bösen Gewerkschaftsführer mobil zu machen. Sonderartige Vertragspartner, diese Arbeitgeber sind.

In einem Rundschreiben vom 20. Dezember, also zu einer Zeit, als niemand von den Holzarbeitern an einen Lohnkampf dachte, legte der Holzindustriellen-Verband seinen Mitgliedern bereits einen fertigen Ausperrungsplan vor. Bis zur Verwirklichung dieses Planes sagte dann eine Provokation die andere. Am 4. Januar hetzte man unsere Kommission zu Verhandlungen, um ihr schließlich zu erklären, dass die anwesenden Arbeitgebervertreter keinerlei Vollmacht haben. Das gleiche Spiel wiederholte sich bei den Verhandlungen am 11. Januar. Allen Ernstes wurde von unserer Kommission die Zurücknahme ihrer Forderungen verlangt. Erst dann wollten sich die Arbeitgeber herbeilegen, das bestehende Lohnabkommen zu verlängern und ihren Arbeitern freiwillig eine mäßige Teuerungszulage zu gewähren, die aber nicht auf die Altkordpreise geschlagen werden durfte. Stundenlang haben unsere Kollegen verucht, die Arbeitgeber von dem Ernst der Lage zu überzeugen. Man hat sie einfach reden lassen. Daneben amüsierten sich die Arbeitgeberführer durch angenehme Privatunterhaltungen. Als schließlich der Vertreter unseres Verbandsvorstandes eine Vermittlung versuchte, johlten die schwäbischen Schreinermaster, weil ein Berliner bei ihnen schon gar nichts zu suchen habe. So etwas nennen die Herrschaften dann noch Vertragstreue.

Um kein Mittel unversucht zu lassen, den Wirtschaftskrieg zu erhalten, ist am 14. Januar unter dem Vorstoß eines württembergischen Regierungsvertreters erneut verhandelt worden. Im Interesse des Friedens war unsere Kommission bereit, auf den mageren Vergleichsvorschlag des Unparteiischen einzugehen, der in Klasse II für Stuttgart einen Durchschnittslohn von 12,15 M. vorsah. Die Arbeitgeber dagegen hatten sich wieder einmal keine Vollmacht besorgt, obwohl sie genau wussten, dass der Abbruch der Verhandlungen den Kampf bedeutete.

Die württembergischen und badischen Arbeitgeberverbände haben jetzt ihre Ausperrung, die sie mit aller kultischen Geschicklichkeit befehligt haben. Die Leitung des Arbeitgeber erlaubte wohl auf diese Kraftprobe aus organisatorischen Gründen nicht verzichten zu können. Sie allein trifft deshalb die Verantwortung. Auch jetzt noch können die Unternehmer auf der Grundlage der unparteiischen Vermittlungsvorschläge den Frieden haben. Wollen sie nicht, dann sind unsere Mitglieder sicher bereit, in gähnendem Kampf die Kräfte zu messen.

Bei Redaktionsschluss meldet uns ein Telegramm, dass für Württemberg und Baden eine Einigung erzielt wurde. Der Durchschnittslohn ist für die II. Ortsklasse (Stuttgart) festgesetzt auf 11,80 M. ab 16. Januar; er steigt am 2. Februar auf 12,20 M. am 16. Februar auf 12,90 M. und am 2. März auf 13,60 M.

Die Einigung des Proletariats.

Der unselige Bruderkampf der sozialistischen Parteien hat die deutsche Arbeiterschaft schwer geschädigt. Als ein großes Glück muß es dabei bezeichnet werden, daß die Einigkeit der Gewerkschaften erhalten geblieben ist. Der Bruderkampf hat sie aber nicht unberührt gelassen. Die Erkenntnis der Notwendigkeit des Zusammenspaltenes unbeschadet der politischen Meinungsverschiedenheiten der Mitglieder war jedoch stärker als bei Wille der auseinanderstreitenden Tendenzen. Die Bührerarbeit der kommunistischen Zellen hat sie eine große Bedeutung gehabt, und bei der Zersetzung, die sich im kommunistischen Lager zeigt, ist nicht zu erwarten, daß der Einigkeit der deutschen Gewerkschaften von dieser Seite eine ernste Gefahr droht.

Die Meinungsverschiedenheiten, die jetzt noch zwischen den Anhängern der beiden sozialistischen Parteien bestehen, berührten die Gewerkschaften nicht mehr unmittelbar. In den Gewerkschaften arbeiten die Anhänger beider Parteizweigungen wieder so einträchtig zusammen, daß ein Unterschied kaum zu bemerken ist. Aber trotzdem ist die Wiedervereinigung der beiden Parteien auch vom Standpunkt der Gewerkschaften auf das schuldhafte zu wünschen. Eine einzige sozialdemokratische Partei hat eine ungleichlich größere Stütze als die getrennten Heerläger, die zwar aus das gleiche Ziel marschieren, dabei aber eisernstig darüber wachen, daß ihre Selbständigkeit gewahrt bleibt und die dem objektiven Verteiler nur schwer erkennbaren Unterschiede sorgsam erhalten werden. Unterstände, die an sich unbedeutend sind, aber die Möglichkeit zu vorgetragenen Reibungen bieten und die Gefahr in sich bergen, daß sie als Anlaß zu einem neuen Entzünden des Bruderkrieges genommen werden. Nach Lage der Dinge ist die Sozialdemokratie die parlamentarische Vertretung der Gewerkschaften, und diese haben ein lebhafte Interesse daran, ihre Vertretung in den Parlamenten stark und einig zu sehen.

Diesem Verlangen nach Einigung der beiden sozialistischen Parteien gibt Hermann Jädel, der Vorsitzende des Textilarbeiter-Bundes, in der Nr. 4 seines Verbandsorgans, dem "Textilarbeiter", in sehr bereiter Weise Ausdruck. Jädel ist Abgeordneter der USPD und war bis vor kurzem als Beauftragter seiner Partei Arbeitsminister in Sachsen. Das gibt seinen Worten ein um so größeres Gewicht, erläutert aber auch gewisse Wendungen in seinem Aufzug, den wir im Ganzen für so wertvoll halten, daß wir ihn nachstehend auszugsweise wiedergeben. Jädel gibt einen Rückblick auf die Bruderkämpfe und die Entwicklung der beiden Parteien bis zum Kapp-Putsch, der durch das Zusammenwirken der Hand- und Kopfarbeiter ohne Rücksicht auf die Partei niedergeschlagen wurde, dank dem entschiedenen Eingreifen der Gewerkschaften. Dann führt er fort:

"Aber der Bruderkampf ging weiter, und wieder wurde infolgedessen das Proletariat betrogen um die Früchte seines Sieges. Indessen ist seit jenen Tagen in der Arbeiterklasse das Verlangen nach Wiedervereinigung, nach Beendigung des Bruderkampfes. Ans neuer hatte der Kapp-Putsch den Proletariermassen die Kraft einer einzigen Arbeiterschaft demonstriert. Die Wunden des Bruderkampfes fühlte jeder einzelne der sozialistischen Proletarier, und ganz besonders die Gewerkschaften empfanden schmerzlich die verheerenden Wirkungen des Krieges. Sie, die im täglichen Kleinst- und Großkrieg mit den Kapitalisten in den Tagen des politischen Aufstiegs kennen gelernt hatten, wie sehr politische Täuschung die gewerkschaftliche Arbeit im Interesse der Arbeiterklasse zu stützen und zu fördern geeignet ist, empfanden unmittelbar die Schäden des proletarischen Machtverlustes. Sie fühlten, wie die Kapitalisten in gesteigertem Selbstbewußtsein und Machtwillen immer weniger entgegenkommend den Arbeitern gegenübertraten, wie sie immer unwürdigere Zusicherungen zuließen, und wie sie immer gleichmäßiger der Verschlechterung des proletarischen Lebensniveaus zuliehen. Hier, in den Gewerkschaften — bei den Führern wie bei den Massen — stand das Verlangen nach Einigkeit seine stärkste Stätte, und unzweifelhaft drückte sich dieses Verlangen den politischen Parteien auf. Die Frage der Einigung des klassenbewußten Proletariats zu einem einheitlichen politischen Handeln und schließlich zu einer Partei steht zur Diskussion. Die Arbeit der Kommunisten mit ihren Bussen und Spaltungen stießte das Verlangen.

Aber große Schwierigkeiten sind zu überwinden. Viel mehr als in der Gewerkschaft stellen sich in den politischen Parteien handhabbare, mit den Personen der Führer verbundene Faktoren der Einigungsarbeit entgegen. Volumenmäßig ist nicht in gleichem Maße so offen Menschen vorhanden. Von einer Seite, die in den Kämpfen gesiegt sind, trümmern einmalig herausragende Führer der SPD. Das war in jener Zeit, da die USPD noch stark war. Es eine Aussichtung der rechtssozialistischen Partei bestand in der Zeit ihres schnellen Wachstums führen der USPD. Die Illusionen sind verloren. Heute sind viele Führer der USPD und der SPD in gleicher Weise von ehrlicher Einigungsarbeit bewußt. Nicht bei allen Führern ist dies der Fall. Die Führer von Götz und Leitzke waren gewohnt, ihr Stolz gloriöser noch immer viele Führer der SPD, ihre Bruderpartei, die USPD, mehr oder weniger als eine einzige verlässliche Beharrkraft zu formen. Diese Führer drohten im Geiste des Schicksals der rechtssozialistischen Arbeiterschaft nicht zum Ausdruck. Hofferstiel hat sie der von ihnen erwarteten und befürchteten neuen Parteiteilung in keinerlei Weise befreit. Er als Gewerkschafter und nicht als USPD-Mann stand in der Arbeiterklasse, welche die rechtssozialistischen Partei angehörten, zu sprechen, der weitaus die Arbeit vertretenen die Einigung unter allen Parteien.

Ganz in die USPD gerichtet, nach dem wunderschönen Tagesschlag, numerisch kleiner als die SPD, ungleich geringe Erfolge erzielten bei ihrer. Aber der rechte Gewerkschaft in Verbindung mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der nächsten Zeit werden bei einer die Einigung der Gewerkschaften bestreben, jeden Nutzen in bestmöglichster Weise auszunutzen. Politisch das Ergebnis und der eigentliche Erfolg der USPD garantierten. Durch die Parteiteile hat sie so deutlich gekämpft, wie es niemals geschehen ist. Parteifreunde lieben nicht mehr ihre Oberheit, wie wir es gewohnt waren, sondern ein Nebel schafft und wie es z. B. auf unseren Textilarbeiterverbänden zugeht. Der Gewerkschaft in Leipzig ist eine unerlässliche. Die Basis ist frei für ein Zusammenschließen der beiden Parteien.

Es ist die Frage der Koalitionsregierung, welche scheinbar die künftige Verschmelzung der Parteien verhindert, und scharfe Töne über die rechtssozialistische Koalitionspolitik wurden von Pittmann in Leipzig angeschlagen. Es kann nicht alles als richtig anerkannt werden, was da gesagt wurde. Manches, was man als Folge der Koalitionspolitik bezeichnete, war lediglich eine Folge des proletarischen Bruderkampfes. Ebenso liegt es, die rechtssozialistische Koalition mit der "Partei der Millionäre" gutzuheissen; selbst eine Koalition mit der sogenannten Demokratischen Volkspartei scheint bei der ausgesprochen kapitalistischen Orientierung dieser Partei nicht unbedenklich. Rathenau ist doch nur ein weißer Blatt. Über wichtiger als das ist doch die ausdrückliche Betonung durch die USPD-Stedner, daß neue Situationen neue Regelungen erfordern; daß man an Österreichs Koalitionspolitik nichts auszulegen habe. Damit ist aus der grundsätzlichen Frage eine Frage der Taktik geworden. Sie ist aber, wie Bernau im "Vorwärts" ganz richtig sagt, auch eine eminent politische Frage. Wer zweifelt daran, daß eine Zusammenfassung der SPD mit der USPD zu einer großen Einheitspartei in Deutschland eine ganz neue politische Situation schaffen würde und eine gewaltige politische Machtweiterleitung für das Proletariat die Folge wäre? Wer glaubt daran, daß eine so große Partei, welche nahezu die Hälfte aller Reichstagswähler und die entschiedensten Verfechter der demokratischen Republik in sich schließt, die Leitung der Politik ohne weiteres reaktionär-bürgerlichen Parteien überlassen würde! Eine Partei, welche Politik machen will, kann in bestimmten Situationen in Zeiten des Überganges zu neuen politischen Machtkonstellationen und sozialen Wirtschaftsorganisationen im parlamentarisch regierten Staat nicht mit nichts dir nichts einem Dogma zu Liebe die Regierungssitz feindlichen Parteien überlassen, d. h. solange sie zur vollständig selbständigen Regierungsbeteiligung nicht mächtig genug ist. Die Einigung des Proletariats bedeutet die Lösung der Frage der Koalitionspolitik.

Selbstverständlich will die USPD die Einigung nur auf dem Boden des Klassenkampfes. Aber man frage die rechtssozialistischen Arbeiter, ob sie nicht auch im Klassenkampf den Hebel des Fortschrittes erblicken und immer erblickt haben. Keiner wird mit kein antworten. Sie alle wollen Kampf, schärfsten Kampf, Klassenkampf. Die Einigung des Proletariats soll sich bedeuten Verstärkung und Stärkung des Klassenkampfes. Die Spaltung bedeutet immer Schwächung, auch dann, wenn mit dem Wort "Klassenkampf" und "Revolution" noch soviel herumgeworfen wird.

Es gibt keine Gegenseite, welche stark genug wären, um die fernere Spaltung der politischen Arbeiterbewegung zu rechtfertigen. Das Interesse des Proletariats im allgemeinen, das Interesse der Gewerkschaften im besonderen erfordern Vergrößerung der Freiheit. Mögen deshalb die Arbeiter und Angestellten in beiden sozialistischen Parteien energischer und lauter als bisher ihre Stimme erheben! Mögen sie allen Verdunklungs- und Verwirrungsmanövern, wo und von wem sie immer kommen, ihre klare Einsicht entgegenstellen! Mögen sie handeln nach den ehrlichen Wörtern eines alten Kämpfers der Arbeiterbewegung: Einigkeit mit den Führern, wenn diese wollen, ohne sie, wenn sie unfähig bleiben, trog ihnen, wenn sie widerstreben. Einheit um jeden Preis!

Bolzwirtschaftliches und Soziales.

Arbeiterkasse.

Der Plan der Firma Krupp in Essen, ihren Arbeitern die Möglichkeit zu geben, durch den Erwerb von Aktien Teilhaber des Unternehmens zu werden, hat dazu geführt, dem Problem der Beteiligung der Arbeiter an dem Betrieb oder an dem Gewinn des Unternehmens, in dem sie beschäftigt sind, einige Aufmerksamkeit zu widmen. Man hat früher aus den sogenannten Wohlfahrtsseinrichtungen der Betriebsunternehmer, wozi auch die Beteiligung einer Extraprämie an die Arbeiter am Jahresende gehört, die man als Gewinnbeteiligung bezeichnete, ein großes Wesen gemacht. Es gab sogar Leute, die darin eine Lösung der sozialen Frage erblickten. Die Arbeiter haben die sogenannte Gewinnbeteiligung immer sehr skeptisch betrachtet. Sie erblickten darin ein Mittel, die Arbeiter anzuportieren, ihr Lohnes hinzuziehen, um den Gewinn des Unternehmens zu steigern. Den Vorteil davon hat unter allen Umständen der Unternehmer, während der Nutzen für den unmittelbar beteiligten Arbeiter zum mindesten zweifelhaft ist. Für die Arbeiterchaft in ihrer Gesamtheit überwiegt der Schaden, denn die Ausübung auf den Gewinn hemmt die Ausbildung des Solidaritätsgefühls. Sie fördert die Austrichtung einer Scheidewand zwischen den begünstigten Arbeitern und den übrigen.

Die Firma Krupp ist in den letzten Jahren völlig auf die Erzeugung von Gegenständen für den Friedensbedarf umgestellt worden. Während dieser drei Jahre hat die Friedrich-Krupp-Konzerngesellschaft keine Dividende verteilt. Das hat praktisch keine graue Bedeutung, denn die Aktien sind überwiegend im Familienbesitz, und für die Aktionäre ist es ziemlich belanglos, ob ihnen der Gewinn des Unternehmens in Gestalt von Dividenden oder in anderer Form zusteht. Für das letzte Geschäftsjahr sind wieder 6 Prozent Dividende verteilt worden. Zugleich wurde die Erhöhung des Kapitals um 250 Millionen Mark beschlossen. Bei diesen neuen Aktien soll ein Teil, dessen Höhe noch nicht bestimmt ist, den Arbeitern des Betriebes zu dem vollen Kürze von 110 Prozent zur Verfügung gestellt werden. An die Erwerbung von Aktien sind gewisse Bedingungen geknüpft. Für sie kommen nur Arbeiter in Betracht, die mindestens fünf Jahre im Betrieb beschäftigt sind. Sie werden in dem Verein "Arbeitskreis Freude" zusammengefaßt, der die Aktien verwaltet und den Gewinn verteilt. Dieser beträgt für die Arbeiterkasse mindestens 6 und höchstens 10 Prozent. Der Verein kann Mitglieder ausschließen, wenn sie die Interessen des Vereins, der Friedrich-Krupp-Konzerngesellschaft oder ihrer Aktionäre erheblich verletzt. Der Verein erhält einige Ersche in der Generalversammlung und auch einen Vertreter im Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft.

Der Entschluß der Firma ihre Arbeiter zu Aktionären zu machen, ist in vielen kapitalistischen Blättern als eine grobe sozialpolitische Leistung gesehen worden. Hierbei wurde auf die Wohlbeharrungsrichtungen der Firma verwiesen, für welche diese große Summen geopfert hat. Durch die Arbeiterkasse werde der Gedanke der Werksgemeinschaft, der der Firma schon immer stark ausgeprägt war, stark gefördert. Die Arbeiter haben über diese sogenannte Werksgemeinschaft nicht immer mit dem gleichen Enthusiasmus geurteilt und an den berühmten Wohlfahrtsseinrichtungen haben sie mancherlei auszuschließen gehabt. Es sei nur an die vielgestaltige Krupp'sche Pensionsskasse erinnert, für welche alle Arbeiter erhebliche Beiträge zahlen müssen, obwohl nur sehr wenige Aussicht haben, aus ihr unterstützt zu werden. Auch gegenüber der Arbeiterkasse, die ihnen die Möglichkeit bietet, "Mitschwinger" des Werkes zu werden, hat die Arbeiterschaft der Krupp-Werke kühles Blut bewahrt und das Angebot der Firma ruhig geprägt. Das Ergebnis dieser Prüfung wurde in der folgenden Resolution niedergelegt, die vom Betriebsrat, dem Angestellten- und Arbeiterrat gesetzt wurde:

Ganz abgesehen davon, daß der Einfluß der Aktienbesitzer aus Arbeitnehmerkreisen auf den Gang des Unternehmens gleich Null ist, sehen wir in der Verwirklichung einer schwere Schädigung der gesamten Arbeitnehmerinteressen. Es kann keineswegs an einer gesunden Entwicklung in der Wirtschaft führen, wenn aus den Reihen der Arbeitnehmer eine Menge Leute nun ebenfalls als Teilnehmer anzusehen sind. Dadurch werden Interessen gegenläufig geschaffen, die zu schweren Schädigungen der Gesamtheit der Arbeitnehmer führen müssen. Das Solidaritätsgefühl, das wir für die arbeitenden Klassen für unumgänglich notwendig halten, würde einen harten Stoß erleiden und somit den Platz, den die Hand- und Kopfarbeiter auf Grund ihrer bedeulenden Rolle in der Wirtschaft innehaben müssen, noch mehr gefährden. Wir müssen daher, gemäß unserem Pflichtgefühl und in Erwägung der schweren Schädigung, die durch die Beteiligung an diesem Unternehmen für die Arbeitnehmerschaft entsteht, die von uns vertretenen Schichten der Arbeitnehmer von einer Beteiligung entlasten abrufen.

Bis zum 15. Februar läuft die Frist zur Zeichnung von Arbeitserkennung. Es ist denkbar, daß sich trotz des Beschlusses der Betriebsvertretung Arbeiter finden, welche die Gelegenheit wahrnehmen, eine bessere Vergütung ihrer Spargroßchen zu erlangen, als sie ihnen die Sparschweiz bietet. Aber selbst wenn in nennenswertem Zahl Aktien gezeichnet werden sollten, würde dadurch der Charakter dieser Einrichtung nicht geändert. Wir wollen gar nicht soweit gehen, zu behaupten, daß es der Firma Krupp darum zu tun sei, auf dem Weg über die Arbeiterkasse ein Gehöft zu machen; aber selbst wenn wir ihr longieren wollten, daß sie sich bei der Aktion von humanitären Absichten hätte leiten lassen, so bleibt doch als Ersatz der Aktion, daß ein Teil der Arbeiter in größere Akhängigkeit zum Betrieb gerät, und daß deren Solidaritätsgefühl im gegebenen Augenblick in Konflikt gerät mit ihrem Interesse als Aktionär. Es ist erfreulich, daß die Masse der Krupp'schen Arbeiter das erkannt und es absehbar hat, sich durch den Spez der Arbeiterkasse lösen zu lassen.

Die Arbeitszeitverhältnisse in Deutschland.

In ihrem Kampf gegen den Achtfunderttag sind die Unternehmer in der Wahl der Mittel nicht wählerisch. Versöngt das Gerede von der Vernichtung unserer Wirtschaft durch den Achtfunderttag nicht mehr, weil die Wirklichkeit das Gegenteil beweist, wird dem Arbeiter das Ausland als Musterbeispiel vorgeführt. Hier sei vom Achtfunderttag keine Rede. Die ausländischen Arbeiter hätten eingeschenkt, daß sie nur durch eine längere Arbeitszeit wieder vorwärtskommen könnten. So operieren die Unternehmer in allen Ländern. Auch von den deutschen Arbeitern wird im Ausland behauptet, daß sie den Achtfunderttag nicht einhalten. Ihnen wird nachgesagt, daß sie zehn, ja zwölf Stunden täglich arbeiten, und dies sei eine der Ursachen, daß die deutschen Unternehmer so billig ins Ausland liefern können. Bei den ausländischen Arbeitern, die unter einer viel stärkeren Arbeitslosigkeit zu leiden haben als die deutschen, haben diese Angaben erscheinend auch einige Glauben gefunden. Um über die Arbeitszeitverhältnisse in Deutschland Klarheit zu schaffen, veröffentlicht der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund eine Zusammenstellung der in Tarifverträgen vereinbarten Arbeitszeiten. Die Angaben beziehen sich auf 22 Berufe und 29 Orte. Bei der Auswahl der Orte sind alle Gegenden des Reiches und die verschiedensten Ortsklassen berücksichtigt worden. Danach gibt es, was allerdings selbstverständlich ist, keinen Tarifvertrag, der eine längere als die 48-stündige Arbeitszeit vorseht. Dagegen ist in zahlreichen Tarifverträgen eine viel kürzere Arbeitszeit, bis herunter zu 42 Stunden, vereinbart. Die 42stündige Arbeitszeit kommt für 216 354 Bergarbeiter in Betracht. Eine 44stündige Arbeitszeit ist für 8443 Bergarbeiter verschiedenster Berufe festgestellt worden. Für 44 538 Arbeiter beträgt die Arbeitszeit 44 Stunden, für 21 067 Arbeiter 45½ Stunden, für 223 780 Arbeiter 46 Stunden, für 229 128 Arbeiter 46½ Stunden, für 21 435 Arbeiter 47 Stunden, für 13 077 Arbeiter 47½ Stunden. Ausgesondert ist in den 22 Berufen und 29 Orten die Arbeitszeit für 1 379 326 Arbeiter festgestellt worden. Daraus hatten mehr als die Hälfte, nämlich 777 742, eine Arbeitszeit unter 48 Stunden wöchentlich.

Welche Bedeutung die Stellungnahme der deutschen Arbeiter zum Achtfunderttag in der Welt hat, ist daraus zu ersehen, daß die Holländische Regierung eine Kommission nach Deutschland entsandt hat, um Feststellungen über die Arbeitszeitverhältnisse zu machen. Der Bericht dieser Kommission liegt jetzt vor. Sie hat ihre Untersuchung nicht auf die tatsächlich vereinbarten, sondern auf die in den Betrieben tatsächlich geleisteten Arbeitszeiten erstreckt. Die Untersuchung fiel in die Jahre, wo in verschiedenen Betrieben zahlreiche Überstunden geleistet wurden. Daraus kommt die Kommission zu dem Schluß, daß auch mit dieser Überarbeitszeit der Achtfunderttag im allgemeinen eingehalten wird. Sie stellt weiter fest, daß in verschiedenen großen Gewerbezweigen die Arbeitszeit unter 48 Stunden wöchentlich beträgt.

Aus beiden Feststellungen ist zu ersehen, daß die deutschen Arbeiter den Achtfunderttag restlos durchgeführt haben. Es wäre zu wünschen, daß in den anderen Ländern eine gleiche Erhebung gemacht wird. Das Ergebnis wird dort wahrscheinlich ein ähnliches sein. Sollte aber festgestellt werden, daß in einigen Ländern der Achtfunderttag noch nicht allgemein durchgeführt ist, dann wird das für die deutschen Arbeiter kein Anlaß sein, nun auch ihrerseits den Achtfunderttag zu durchbrechen. Um Gegen Teil, sie werden mit allen Kräften dafür sorgen, daß der Achtfunderttag in der ganzen Welt durchgeführt wird.

